

Studien- und Dialogprogramm für Parlamentarier und Rechtsexperten aus Bosnien-Herzegowina zum Thema deutscher Föderalismus

5. – 9. Mai 2008 in Berlin und Magdeburg

Bosnien und Herzegowina ist aus dem letzten Krieg, 1992 – 1995, als höchst komplizierter und fragmentierter Staat hervorgegangen. Der Friedensvertrag von Dayton, 1995 geschlossen, stellte zwar die Souveränität des Landes unter internationaler militärischer und ziviler Präsenz wieder her, doch schuf die im Dayton-Vertrag enthaltene Verfassung zwei weitgehend autonome Entitäten, die gemeinsam den Staat bilden. So ist die Einordnung als Föderation nicht leicht vorzunehmen, denn der Staat, bestehend aus der Föderation Bosnien-Herzegowinas (mit 51% des Staatsgebietes) und der Republika Srpska (mit 49% des Territoriums), hat erst in den letzten dreizehn Jahren unter der Aufsicht der Internationalen Gemeinschaft entscheidende Schritte in der Staatswerdung gemacht.

Seit 2001 konzentriert sich das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bosnien-Herzegowina auf den bis dahin tabuisierten Dialog über den in der Dayton-Vertrag festgelegten Staatsaufbau. Diese Tätigkeit der KAS konzentriert sich auf unterschiedliche Zielgruppen. Auf die junge Akademikergeneration, auf Verfassungsrechtler, sowie auf Entscheidungsträger.

In den vergangenen Jahren hat die KAS mit verschiedenen Maßnahmen den Verfassungsreformprozess beratend unterstützt. Durch die Erstellung von Gutachten und Studien, Einzelberatungen der Parteien, Fachseminaren in Bosnien und Herzegowina und im Ausland konnte ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung, Professionalisierung und

Entemotionalisierung der Diskussion geleistet werden.

Das Studien- und Dialogprogramm zum Thema deutscher Föderalismus stellt eine logische Fortsetzung unserer Arbeit und zugleich einen Höhepunkt dar. Denn mit dem Programm konnte nicht nur die Zusammenarbeit der EVP-Nahen-Parteien Bosnien-Herzegowinas gestärkt werden, sondern auch der Austausch dieser Parteien mit den Verfassungsexperten des Landes. Zudem konnte ein wichtiger Impuls für neue Verfassungsreforminitiativen gegeben werden. Zu den Gesprächen im Einzelnen:

Die akademische Einführung in das Thema „Deutscher Föderalismus“ leisteten die Professoren Udo Margedant und Peter Lösche sowie der Journalist Daniel Sturm. Im Mittelpunkt stand einerseits die Entstehung des Grundgesetzes, mit der Verankerung des Föderalismus im Artikel 20: *„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“* und andererseits das heutige System der Gewaltenteilung und -schränkung. Im Zusammenhang mit der **Geschichte des Grundgesetzes** interessierte die Teilnehmer aus Bosnien-Herzegowina besonders die Rolle der Alliierten und die Positionen der Parteien. Im Rahmen des zweiten Schwerpunktes der **heute gelebten Verfassungsordnung** wurde die Machtverteilung (das Verhältnis von Bund und Ländern, Bundestag und Bundesrat) ausführlich besprochen. Hier stand die Frage im Mittelpunkt, wie das Gleichgewicht von Wettbewerb und Solidarität zu erreichen sei und wie dieses Gleich-

15. Mai 2008

www.kas.de/sarajevo

gewicht geschützt werden könnte. Beeindruckend für die Teilnehmer aus Bosnien-Herzegowina war die Feststellung, dass sich dieses stets zu verschieben drohe und dadurch Föderalismusreformen in Deutschland regelmäßig notwendig wären.

Im zweiten Block fanden Gespräche im Bundesrat und im Bundestag statt. Die gesetzgebenden Kompetenzen, die Zusammensetzung, Funktion und Arbeitsweise wurde der Delegation aus Bosnien-Herzegowina von MR Claus Dieter Koggel näher gebracht. Hier stand der Gesetzgebungsprozess im Mittelpunkt. Hervorzuheben ist, dass das Verfassungsgericht Bosnien-Herzegowinas empfohlen hat, eine Kategorie der **Rahmengesetzgebung** einzuführen. Da diese mit der letzten Föderalismusreform 2006 abgeschafft wurde, wollten die Vertreter aus Bosnien-Herzegowina vor allem die Gründe dafür erfahren und den Unterschied zwischen konkurrierender und ausschließlicher Gesetzgebung erfahren. Außerdem interessierte die Gruppe aus Bosnien-Herzegowina die Abstimmungsverfahren im Bundesrat und die Arbeit des **Vermittlungsausschusses**. Die Gespräche im Bundestag mit den Abgeordneten Dr. Günter Krings (Mitglied der Föderalismuskommission II) und Thomas Strobl (Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages) standen im Zeichen der aktuellen Diskussion um eine weitere Föderalismusreform. Dr. Krings hob die Bedeutung der **Finanzverfassung** in einer Föderation hervor und erklärte das Zusammenspiel mit der EU-Gesetzgebung. Beide Themen sind für Bosnien-Herzegowina von größter Bedeutung: 1. Wird das Land Anfang Juni das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen und sich damit verpflichten EU-Gesetzgebung sukzessive einzuführen; 2. ist die Frage der Einnahmen und des Haushaltes des Staates Bosnien-Herzegowinas noch ungeklärt.

In den weiteren Gesprächen im Bundestag mit Herrn Strobl, Dr. Paschmanns als auch mit Herrn Helm ging es um das deutsche **Wahlsystem**. Wie sind Wahlkreise zugeschnitten, wie werden Wahlen organisiert,

wer ist für deren reibungslose Durchführung verantwortlich und wo können Einsprüche eingelegt werden? Diese und ähnliche Fragen galt es zu beantworten. Auch dieser Fragenkomplex führte der Delegation aus Bosnien-Herzegowina den föderalen Aufbau Deutschlands vor Augen. Wichtig waren die Gespräche jedoch auch aufgrund der Tatsache, dass Bosnien-Herzegowina 2006 erstmals eigenverantwortlich allgemeine Wahlen durchgeführt hat und sowohl das Wahlsystem als auch das Wahlgesetz regelmäßig auf dem Prüfstand stehen.

Zum Thema Spiegelung des deutschen Föderalismus in einer Volkspartei fanden zudem Gespräche in der CDU Parteizentrale statt. Der dezentrale Aufbau der Partei und das Prinzip der **Subsidiarität** standen hier im Mittelpunkt. Eine wichtige Erfahrung für die Delegation aus dem Balkanstaat war hierbei der Abstimmungsprozess innerhalb der Partei und die große Eigenverantwortlichkeit der Landes-, Kreis- und Ortsverbände. Man war so auch überrascht zu erfahren, dass sich die CDU als eine überkonfessionelle und für jeden offene Partei versteht und Entscheidungen so nah wie möglich an der Basis zu treffen sind. Da sich die Parteien Bosnien-Herzegowinas weitgehend an Führungspersonen orientieren und weitgehend die Interessen einer ethnischen Gruppe vertreten, war dies eine wichtige Erkenntnis.

Eine kurze Pause vom Thema des deutschen Föderalismus stellte das Gespräch mit den Mitgliedern der Parlamentariergruppe Bosnien-Herzegowinas dar. An diesem Gespräch nahmen die Bundestagsabgeordneten Stinner (FDP), Brand (CDU), Juratovic und Zapf (SPD) und Beck (Bündnis90/Grüne) teil. Sie forderten ihre Kollegen aus Bosnien-Herzegowina auf aktiv gegen die Spaltung der Gesellschaft vorzugehen und endlich die notwendige **Verfassungsreform** einzuleiten. Dabei machten die deutschen Abgeordneten klar, dass vor allem die Entscheidungsträger im Parlament Bosnien-Herzegowinas für die Zukunft des Landes verantwortlich wären und sich dieser Verantwortung nicht entziehen dürften. Deutschland als auch die EU könnten Unterstützung leisten, doch der Wunsch und der

AUSLANDSBÜRO

BOSNIEN-HERZEGOWINA

DR. CHRISTINA C. KRAUSE

15. Mai 2008

www.kas.de/sarajevo

Wille zur Entwicklung des Staates müsse aus Bosnien-Herzegowina kommen.

Um das Selbstverständnis und die Arbeit der Bundesländer kennen zu lernen fanden sodann Gespräche in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens und in der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt, Magdeburg, statt. Das wirtschaftliche und kulturelle Selbstbewusstsein Nordrhein-Westfalens und die Reformarbeit in Sachsen-Anhalt überraschte und imponierte den Teilnehmern aus Bosnien-Herzegowina. Die Abstimmungsverfahren und zahlreichen Koordinierungsmechanismen zwischen den Ländern als auch mit dem Bund wurden von Staatssekretär Michael Mertes (für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Bevollmächtigter des Landes NRW beim Bund), Staatsminister Rainer Robra (Chef der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt) sowie den Landtagsabgeordneten Nico Schulz (Mitglied des Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien) und Siegfried Borgwardt (Vorsitzender des Arbeitskreises für Bundes- und Europaangelegenheiten der CDU-Fraktion) vermittelt.

Beeindruckt war die Delegation aus Bosnien-Herzegowina von den Reformprozessen in den neuen Bundesländern, die finanzielle Unterstützung der alten Bundesländer und vor allem von dem Austausch an Personal. In Bosnien-Herzegowina waren internationale Experten vor allem beim Aufbau der Justiz beteiligt, was grundsätzlich als positiv bewertet wurde. Außerdem wurden der Länderfinanzausgleich und die diversen Koordinierungsmechanismen als positive Modelle für Bosnien-Herzegowina bewertet.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Weiterentwicklung des Staates Bosnien-Herzegowina zu einem funktionierenden demokratischen und föderalen Staat ist für die Stabilität und EU-Annäherung des Landes von größter Bedeutung. Nachdem die Teilnehmer des Studien- und Dialogprogramms bereits die Theorie des deutschen Föderalismus studiert hatten, konnte durch die Reise die praktische Seite und Mehrdimensionalität des deutschen Föderalismus erfahren werden. Die Zusammensetzung

der Gruppe aus Parlamentariern als auch Verfassungsexperten hat sich in diesem Zusammenhang bewährt, da ein direkter verfassungsrechtlicher Vergleich zwischen Deutschland und Bosnien-Herzegowina (Grundgesetz und Dayton-Verfassung) unternommen werden konnte.

Die EVP-Nahen-Parteien des Landes (bzw. ihre Fachvertreter für das Thema der Verfassungsreform) konnten ihre Ziele austauschen und erste Absprachen bezüglich der Möglichkeit einer künftigen Verfassungsreform treffen. Als Resultat der Reise wollen die Parlamentarier eine Arbeitsgruppe gründen, um die Kontakte aufrecht zu halten und die Reformansätze vorab zu diskutieren.

Es ist der besondere Wunsch der Teilnehmer der Reise aus Bosnien-Herzegowina Themen wie das deutsche Wahlrecht, den Länderfinanzausgleich und die Organisation der öffentlich-rechtlichen Medien weiter zu vertiefen. Im Jahr 2009 werden das Grundgesetz und sein Jubiläum einen Schwerpunkt der Tätigkeiten des Auslandsbüros in Bosnien-Herzegowina bilden.